



LANGENDORF

09. August 2016 17:43 Uhr

Kritik am massiven Ausbau der Übertragungsnetze

Zwei Bundestagsabgeordnete waren bei einer Veranstaltung von Die Linke - Main Rhön zum Thema "Energiewende und Südlink" zu Gast.

Zwei Bundestagsabgeordnete haben bei einer Veranstaltung von Die Linke - Main Rhön zum Thema "Energiewende und Südlink" im Gasthaus Zum Adler in Langendorf gesprochen.

Im Fokus des Vortrags von Eva Bulling-Schröter (MdB, energie- und klimapolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke) stand das EEG 2016, das Gesetz über die

erneuerbaren Energien. Laut Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel soll dies die nächste Entwicklungsstufe der Energiewende sein. "Diese EEG-Reform treibt den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht voran, sondern schränkt ihn ein. Sie greift zudem das demokratische Wesen der Energiewende an: Sie bricht Bürgerenergiegenossenschaften das Genick und rollt großen Finanzinvestoren den roten Teppich aus", kritisierte Eva Bulling-Schröter in ihrem Vortrag.

NEUE AUSSCHREIBUNGEN

Konkret führt sie dies anhand der neu eingeführten Ausschreibungen aus, die für Bürger sowie Kommunen ein viel zu großes Risiko darstellen würden, da der Preis nun nur noch anhand der Ausschreibungen ermittelt werde. Das heißt, dass im Falle einer Ausschreibungsniederlage die Bürger und Kommunen auf den bereits entstandenen Kosten sitzen bleiben, so Bulling-Schröter weiter: "Künftig sollen nur noch finanzstarke Investoren erneuerbare Energien betreiben, die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Kommunen wird durch die Umstellung auf Ausschreibungen unmöglich gemacht. Im Bereich Netzausbau hat die Große Koalition bereits gelernt, dass man diesen nicht an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei machen kann. Bei der Energiewende ist es genauso - trotzdem macht man jetzt die Bürgerbeteiligung kaputt - das ist paradox."

Ein weiterer Kritikpunkt ist für die ehemalige Landessprecherin der Linkspartei in Bayern auch, dass im Gesetz eine Ausweitung der Liste von Unternehmen, die eine verringerte EEG-Umlage zahlen müssen, gelegt wurde. Vor allem werde Unternehmen der energieintensive Industrie mit rund 220 Branchen weiterhin circa fünf Milliarden Euro EEG-Umlage jährlich erlassen. Dies widerspreche den in Paris festgesetzten Zielen, dass sich alle an den Kosten des Klimawandels beteiligen müssten.

Auch Ralph Lenkert, der Fraktionssprecher im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, stellte unmissverständlich klar: "Die Linke ist gegen den massiven Ausbau der Übertragungsnetze und der Gleichspannungsleitungen. Fast 30 Milliarden Euro wird der Ausbau der Stromnetze nach derzeitigen Planungen kosten, bezahlt von Verbraucherinnen und Verbrauchern, von Handwerkern und vom Mittelstand. Allein 1,1 Milliarden Euro jährlich garantierte Rendite für 50Hertz, Tennet, EnBW-Netz und Amprion werden mit diesem Bauprogramm diesen Konzernen zugeschanzt. Das nennen wir eine Umverteilung des Geldes von Verbraucherinnen und Verbraucher hin zu den Aktionären dieser Gesellschaften." Weiter sagte er, die verbreitete Begründung für Südlink, der Offshore-Windstrom müsse bei Flaute von Onshore-Windstrom nach Süden transportiert werden, könne alleine damit widerlegt werden, dass nachweislich bei einer Onshore-Flaute auch Offshore-Flaute geherrscht habe. In Wahrheit, so Lenkert, müsse der Kohlestrom über Südlink transportiert werden, um damit Handel zu treiben.

SPEICHERTECHNOLOGIE ENTWICKELN

Der Bundestagsabgeordnete kritisierte auch die fehlenden Entwicklungen im Bereich der Speichertechnologien, die für die Energiewende dringend notwendig seien: "Es gibt heute eine Übertragungskapazität zwischen Nord- und Süddeutschland von 26 Gigawatt. Das reicht aus, um die Windkraftüberschüsse auch im Jahr 2023 sicher nach Süden zu bringen, wenn man den Kohlestrom reduziert. Speicher entlasten die Stromnetze und ersetzen Reservekraftwerke für die Dunkelflaute." Er forderte als Fazit den Ausbau von Biomasse, Power to Gas und vor allem Speichertechnologien und den Verzicht auf Südlink.

Bulling-Schröter und Lenkert bekräftigten, dass sie im Bundestag weiter für eine demokratische und soziale Energiewende kämpfen werden und bedankten sich ausdrücklich bei den Bürgerinitiativen für deren großes Engagement im Kampf gegen den Südlink.

Artikel: <http://www.mainpost.de/regional/bad-kissingen/Kritik-am-massiven-Ausbau-der-Uebertragungsnetze;art433648,9317008>

© Mainpost 2015. Alle Rechte vorbehalten. Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung

Cookies erleichtern die Bereitstellung unserer Dienste. Mit der Nutzung unserer Dienste erklären Sie sich damit einverstanden, dass wir Cookies verwenden. Weitere Informationen